

POSTULAT von Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) und Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

betreffend Polizeiliche Erfassung von Billigtransporten und Kabotage im Personen- und Güterverkehr im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird ersucht, eine systematische Kontrolle und Erfassung von Verletzungen des Kabotageverbotes im Kanton Zürich einzuführen und die konsequente Strafverfolgung in diesem Kriminalitätsbereich mit Bund und Kantonen zu koordinieren.

Lorenz Habicher
Jürg Sulser
Hans-Peter Amrein

Begründung:

Auf der Strasse findet seit Jahren ein harter Preis- und Verdrängungskampf statt. Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) bezeichnet die Kabotage «als einen der prioritären Kriminalitätsbereiche». Eine Statistik zu Verletzungen des Kabotageverbotes führt die EZV aber nicht und greift auf Umfragen und Anzeigen der einzelnen Polizeikorps zurück.

Ergebnisse einer 2018 im Rahmen der Marktbeobachtung durchgeführten Fahrerbefragung des deutschen Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) zeigen eine deutliche Zunahme der Kabotage in Deutschland. Bei entsprechender Betrachtung im deutschen Binnenverkehr zeigt sich, dass an den Verkehrsleistungszuwächsen sich nahezu ausschliesslich ausländische Lkw und Fahrer partizipiert haben. Parallelen dürften zur Situation in der Schweiz und speziell zum Grenzkanton Zürich mit dem Hub Flughafen Zürich gezogen werden.

In der Antwort zur Anfrage KR-Nr. 275 / 2018 zeigt sich auch eine Schwierigkeit in einem rechtsgenügenden Nachweis der Verletzung des Kabotageverbotes. Mit diesem Postulat sollen im Kanton Zürich die nötigen Voraussetzungen für eine konsequente Strafverfolgung in diesem Kriminalitätsbereich geschaffen werden.